

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29-31
Fernsprecher Nr. 83 und 151

für die einspaltige Kleinzeile oder deren Raum für Stadt- u. Landkreis Herford, sonst 40 Pfg., Reklamen die Zeile 2 Mk.

Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Herford, Donnerstag, den 11. September.

1919

als ungenugend erachtete, beschlossen habe,

Tschechische Freiheit.
wib. Wien, 10. Sept. Die Neue Freie Press
meldet aus Prag: Das Unterrichtsministerium ge

Das Kapital der Bank soll 300 Millionen Mark betragen und aus Schuldverschreibungen der Städte Köln, Bremen, Hamburg und Danzig bestehen. Diese Städte repräsentieren höhere Werte als Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs.

Sowohl der Bericht der „New York Times“. Von
gebender Seite ist die Richtigkeit dieses Berichtes in El
heiten bestätigt worden.

... auf die Forderungen der Grenze nach
 leistung des Artikels 61 der deutschen Verfassung
 als ungenügend erachtete, beschlossen habe, die

wtb. Wien, 10. Sept. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Prag: Das Unterrichtsministerium gab einen Erlaß heraus, demzufolge alle Schüler und

bestehen. Diese Städte repräsentieren höhere Werte als Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches. Die einzigen dieser Art, die in der Welt bekannt sind, sind die sogenannten „Reichsschuldscheine“, die in der Zeit der Weimarer Republik ausgeben wurden. Diese Scheine waren in der Regel für einen Zeitraum von 10 Jahren befristet und wurden zu einem Zinssatz von 5 Prozent ausgeben. Sie waren in der Regel für einen Nennwert von 100 Reichsmark ausgeben und wurden in der Regel für einen Zeitraum von 10 Jahren befristet. Diese Scheine waren in der Regel für einen Nennwert von 100 Reichsmark ausgeben und wurden in der Regel für einen Zeitraum von 10 Jahren befristet.

Bestimmung hat. Hier hoffen die Unabhängigen die Mehrheit zu erlangen und damit die Herrschaft im ganzen Verband an sich zu reißen. Sie haben freilich bei den Wahlen zum Verbandstag in einigen Bezirken, in denen sie bisher stets die Mehrheit hatten, wie z. B. Frankfurt a. M. und Magdeburg, diese verloren, aber in Berlin, Hamburg und Sachsen sie behauptet oder neu erlangt. Sie werden also wohl auf dem Verbandstag versuchen, den ganzen bisherigen Vorstand abzuwerfen und als Grundgesetz des Metallarbeiterverbandes zu verkünden, daß nur Unabhängige und Kommunisten in ihm Ehrenämter bekleiden können. Wir halten es für selbstverständlich, daß unsere Genossen sich eine solche Degradierung nicht bieten lassen. Die Dinge sind also auch bei den Gewerkschaften jetzt bis zur Spaltung getrieben worden. Während des Krieges erreichten die neuen inneren Anleihen einen Betrag von etwa 33 Milliarden Mark, einschließlich kurzfristiger Schatzwechsel, die von der Staatsbank diskontiert wurden, während die im Ausland aufgenommenen Anleihen sich auf 8 Milliarden Mark belaufen, woraus sich ein Gesamtbetrag der Schuld von 50 Milliarden Mark ergibt. Unter Berücksichtigung der Schatzwechsel, die wegen ihrer Diskontierung durch die Staatsbank eigentlich keine Zinsen tragen, sind zur Verzinsung jährlich etwa 1430 und für Tilgung jährlich etwa 50 Millionen Mark nötig. Es darf aber nicht übersehen werden, daß diese Zahlen in Rubeln nur fiktive Werte darstellen. Die Auslandsanleihen wurden im Ausland in englischer, amerikanischer, französischer, japanischer und italienischer Währung ausgeben, die jetzt nicht zum Paritätswert in Mark umgerechnet werden kann. Während vor dem Kriege unter den Staatsgläubigern Russlands Frankreich den bei weitem wichtigsten Platz einnahm, ist es interessanterweise England geworden, das während des Krieges von außen her Rußland die Hauptgefahr lieferte. Nach England kommt Frankreich, dann Amerika, Japan und Italien.

Die russischen Staatsschulden.

Router verbreitet eine Mitteilung des Finanzministers der Sowjet-Republik vom 29. 7. 19, über die Verbindlichkeiten des russischen Staats. Danach scheint es, daß die russische Staatsschuld in den Jahren vor dem Kriege ständig zurückging. 1910 betrug sie 9054 Millionen Rubel, 1914 nur noch 8697 Millionen Rubel. Während des Krieges erreichten die neuen inneren Anleihen einen Betrag von etwa 33 Milliarden Mark, einschließlich kurzfristiger Schatzwechsel, die von der Staatsbank diskontiert wurden, während die im Ausland aufgenommenen Anleihen sich auf 8 Milliarden Mark belaufen, woraus sich ein Gesamtbetrag der Schuld von 50 Milliarden Mark ergibt. Unter Berücksichtigung der Schatzwechsel, die wegen ihrer Diskontierung durch die Staatsbank eigentlich keine Zinsen tragen, sind zur Verzinsung jährlich etwa 1430 und für Tilgung jährlich etwa 50 Millionen Mark nötig. Es darf aber nicht übersehen werden, daß diese Zahlen in Rubeln nur fiktive Werte darstellen. Die Auslandsanleihen wurden im Ausland in englischer, amerikanischer, französischer, japanischer und italienischer Währung ausgeben, die jetzt nicht zum Paritätswert in Mark umgerechnet werden kann. Während vor dem Kriege unter den Staatsgläubigern Russlands Frankreich den bei weitem wichtigsten Platz einnahm, ist es interessanterweise England geworden, das während des Krieges von außen her Rußland die Hauptgefahr lieferte. Nach England kommt Frankreich, dann Amerika, Japan und Italien.

Der Zweck dieser Reuternachricht ist offenbar, für ein Vorgehen gegen die Sowjet-Republik in England und in den Westmächten Stimmung zu machen. Die Sowjet-Republik oder jede andere, die die Unterdrückung des Verbandes findet, wird oder muß die Staatsschulden Russlands anerkennen, soweit sie vor der Novemberrevolution aufgenommen worden sind. Was die Bolschewisten inzwischen aus Russlands Finanzen gemacht haben, kümmert die Briten nicht. Tatsächlich wird ja gemeldet, daß England an Rußland zum Wiederaufbau Kredite gewähren will, sobald die Verpflichtung zur Übernahme der Staatsschulden übernommen wird. Da Rußland wirtschaftlich noch unorganisiert ist, hat die Rechnung der Engländer viel für sich. Und Deutschland hätte wieder einmal das Nachsehen. Indessen können die Engländer viel, aber nicht alles. Ihre Sucht, ganz allein alle Länder mit Waren zu beliefern, findet die Beschränkung in den wirtschaftlichen Energien und der Menschenzahl Großbritanniens.

Kleine Nachrichten.

In einer seiner Propagandareden für den Völkerverbund äußerte Wilson, Amerika sei das einzige Land, das in Zukunft über genügend freies Kapital verfügen werde, um die Weltwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen.

Kardinal Mercier ist in Newyork angekommen. Das Niederländische Volk kreuzt sich an das holländische Volk wenden mit der Bitte, um Spenden für deutsche Kinder.

Die „Times“ melden aus Kairo: Der Mann, der den Anschlag auf den ägyptischen Ministerpräsidenten verübte, hat 14 Mitschuldige angegeben, von denen 8 in Haft sein. Bei der Untersuchung seien in einem Hause in Delta noch zwei Bomben gefunden worden.

In Bochum findet nächsten Sonntag eine Konferenz der Betriebsräte im Bergbau statt.

In Westphalen soll es zu Kämpfen zwischen Bulgaren und Türken gekommen sein.

Der Streik der Gemeinde-Angestellten im Seine-Departement umfaßt 78 Orte.

Das Reich beabsichtigt die im Kreise Soverswerda gelegene große Elektrizitätsanlage, eine der größten Europas, sowie zu ihrer Speisung die Braunkohlengrube Grifa in seinen Besitz überzuführen.

Der Minister des Innern hat die Wahl des unabhängigen Sozialdemokraten Köppler, Sekretär des Metallarbeiterverbandes, zum ersten Bürgermeister von Zeitz befristet.

Reichswehrminister Noske hat dem Chef der französischen Militärmission in Berlin die Aktien über die Verkleinerung des deutschen Heeres vorgelegt und der General hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die Reduzierung des Heeres planmäßig erfolge.

Gegen die beabsichtigte Einberufung der Jahrgänge 1898 und 1899 zum Wehrdienst erhebt sich in Elsaß-Lothringen ein großer Entzifferungssturm.

Herford und Minden-Ravensberg.

Jernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151. Nachdruck unserer durch Mitarbeiterzeitungen gekennzeichneten Eigenberichte nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

11. September.

Lebensmittel.

Kartoffeln. Sämtliche Haushaltungen können die Kartoffelmarkte Nr. 6 einlösen. Es werden darauf je 5 Pfund Kartoffeln verabfolgt.

Die Fleischpreise für die Woche vom 8.—14. 9. 19. beträgt 100 Gramm. Geliefert wird in allen Schlachtereien.

Sorgen der Herforder Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie.

Zwei Sorgen waren es, die gestern Arbeiter und Arbeitgeber der Zuckerwarenindustrie unserer Stadt zur Beratung in den Stadtverordnetenversammlung zusammenriefen: die Verhängung der Brennstoffsperrre über die Schokoladen- und Zuckerfabriken und die Einstellung der Zuckerrücklieferung.

An der Zusammenkunft, die unter dem Vorsitz des Fabrikanten Fritz Weinberg 1/26 Uhr begann, nahmen mehr als 100 Personen teil, Unternehmer, Angestellte und Arbeiter, Vertreter der städtischen Körperschaften, selbst die Stadt Viesfeld hatte in dem Stadtrat Höwener einen Abgesandten geschickt, zudem waren auch Gewerkschaftsführer von dort zugegen.

Zuerst wandte man der Kohlenfrage seine Aufmerksamkeit zu. Aus den Darlegungen der einzelnen Sprecher ergab sich folgendes Bild: Der Reichskohlenkommissioner verhängte mit Rücksicht auf die überaus großen Schwierigkeiten der Kohlenversorgung über die Zuckerwarenindustrie die Brennstoffsperrre. Tritt das ein, würde es selbstverständlich die Stilllegung der Betriebe und die Entlassung der gesamten Arbeiterschaft und der Angestellten bedeuten. Man ging bei der bürokratischen Anordnung wahrscheinlich von der Erwägung aus, daß der betroffene Industriezweig Luxusartikel herstelle und darum nicht unbedingt nötig sei zur Erhaltung unseres Wirtschaftslebens. Dem trat jedoch die Veranlassung einwärtig entgegen und von allen Seiten wurde gerade die Notwendigkeit der Herstellung von Nahrungsmitteln aus Kakao- und Zuckergezeugnissen betont. Welche Folgen die Entlassung aller der Arbeitskräfte in der Zuckerwarenindustrie zeitigen würde, läßt sich kaum ausdenken. Etwa tausend männliche und weibliche Beschäftigte würden der Gemeinde Herford zur Last fallen, es würde sich ein Unwille sondergleichen erheben gegen die Regierung, Unruhen oder gar Gewalttätigkeiten, Not und Elend müßten die Folge sein.

Sofort nach Eingang der unglaublichen Verfügungen hat man dann auch hier von Herford aus durch Eingaben und Vorstellungen versucht, eine Milderung herbeizuführen, um Kohlen weiter zu bekommen, aber vergeblich. So blieb zum Schluß nur noch die Hoffnung auf die Kohlen, die vielleicht das in Aussicht genommene Vergewerk in Kirchdornberg liefern wird. Man hatte vom Reichskommissioner Severing die Zusage erhalten, daß die hier geförderten Kohlen restlos für Herford und Viesfeld verwendet werden dürften, doch hierin täuschte man sich. Nach Informationen bei den maßgebenden Regierungsstellen, schickte Herr Severing einen endgültigen Bescheid des Inhalts, daß die in Kirchdornberg geförderten Kohlen allerdings vorzugsweise für Herford und Viesfeld verbleiben sollen, daß aber den beiden Städten nichts über das gesetzlich festgelegte Kontingent hinaus zufallen soll. Wenn in anderen Gegenden aus den bekannten Erzeugungsgründen heraus die Zuckerwaren- und Schokoladenindustrie stillgelegt werden müßte, so könnte nach Herrn Severings Meinung bei Herford keine Ausnahme gemacht werden.

Das sind natürlich recht traurige Ausblicke für die kommenden Monate, worüber sich alle Anwesenden klar waren. Besonders Unwille rief es allenhallen hervor, daß eine in der Nahrungsmittelbranche bedeutende Industrie, eben unsere heimische Zuckerwaren-Industrie, anderen Erwerbszweigen gegenüber gar so stiefmütterlich behandelt wird. Von den Vorschlägen und Anregungen, die aus der Versammlung heraus gemacht wurden, nahmen bald die eine festere Form an, welche die Entsendung einer Kommission nach Berlin forderten und eine Resolution verlangten, welche an alle in Regierungskreisen maßgebenden Personen gerichtet werden soll. Die Bildung der Kommission sollte so gehandhabt werden, daß in sie je ein Vertreter der Magistrats von Herford und Viesfeld, Stadtvorsteher Horst, Gewerkschaftsführer Specht, Viesfeld, und je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer der Herforder Zuckerwarenindustrie gewählt würden. Die beiden Magistratsvertreter sollen von den einzelnen Körperschaften selbst bestimmt werden, als Arbeitgebervertreter wurde Fabrikant Fritz Weinberg und als Vertreter der Arbeitnehmer Herr Zobe bestimmt. Die Kommission soll sich schon in den nächsten Tagen nach Berlin begeben. Unterdessen war auch eine

reien gute, frische Leberwurst zum Preise von 3.20 M. für das Pfund gegen den für diese Woche gültigen Fleischartenabschnitt.

Amerikanischer Speck oder Schinken wird in städtischen Schlachtereien

am Freitag, den 12. 9. vorm. von 8—12 Uhr

an die Fleischarteninhaber A—G;

am Freitag, den 12. 9. nachm. 2—6 Uhr

an die Fleischarteninhaber H—N;

am Sonnabend, den 13. 9. vorm. 8—12 Uhr

an die Fleischarteninhaber S—Z;

auf die Zufuhrmarkte Nr. 1 je 1/2 Pfund zum Preise von

1.1— verkauft. Sonnabend nachmittag findet kein

Verkauf mehr statt.

Markenablieferungsfrist für die Schlachtereien:

16. 9. 19.

Große Zufuhr in:

Fall- und Tafelobst

sind in der städtischen Markthalle eingetroffen und können auch in größeren Mengen bezogen werden.

Frühjünglinge treffen jetzt täglich frisch ein und werden zu den bekannten Preisen in der Markthalle verabsolgt.

Sämtliche Gemüsesorten sind ebenfalls in der Markthalle erhältlich.

Lebensmittelliste.

Infolge der geringen Zufuhr von Getreide, beginnend mit der ersten Hälfte des Monats, werden am Freitag jeder Woche ihre Rätter empfangen noch nicht voll mit Käse geliefert werden.

Für diese Haushaltungen behält die Warenmarkte Nr. 18 Gültigkeit und wird demnach mit Käse geliefert.

Entschließung fertiggestellt worden, welche der Versammlung vorgelegt wurde und in ihrer Form Billigung fand. Sie hat folgenden Wortlaut und ist in Telegrammform gefaßt:

1500 Arbeiter und Arbeiterinnen der Schokoladen-, Kakao- und Zuckerwarenfabriken der Bezirke Herford und Viesfeld stellen hiermit den dringenden Antrag, die über die Branche verhängte Brennstoffsperrre schnellstmöglich aufzuheben. Bei Nichtaufhebung würden in kürzester Zeit die gesamten Betriebe zum Stillstand kommen. Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte würden brotlos und Unruhen wären nicht zu vermeiden. Wir fordern aber die Aufhebung der Brennstoffsperrre der gesamten Branche nicht allein wegen der dadurch entstehenden Arbeitslosigkeit, sondern auch, weil diese Fabriken zu den allerwichtigsten Betrieben der Lebensmittelindustrie gehören.

Die Resolution, welche zunächst als Telegramm an den Reichspräsidenten Ebert, an den Reichskommissioner für Kohlenversorgung, Gaußmann, und an den Reichsernährungsminister Schmidt gedruckt werden soll, wird auch als Brief den Abgeordneten aller Fraktionen unseres Wahlkreises in der Nationalversammlung sowie, als auch in der preussischen Landesversammlung geschickt werden mit folgendem Begleitbrief:

Die gesamte Bevölkerung Deutschlands verlangt Schokolade, Kakao- und Zuckerwaren in großen Massen als Nahrungs- und Kraftigungsmittel. Die Arbeiter und Angestellten erkennen die gegenwärtige mangelnde Lage in der Kohlenversorgung voll und ganz an, aber unhaltbar und unnötig ist die Verhängung über die wichtigen Betriebe der Lebensmittelindustrie, wie die Schokoladen-, Kakao- und Zuckerwarenfabriken es sind, die Brennstoffsperrre zu verhängen.

In unserem verhältnismäßig kleinen Bezirk sind circa 40 Betriebe der genannten Branche, die mit zu der wichtigsten Industrie Herfords zählen.

Im Rahmen der soeben geschilderten Besprechungen machten Obergeringen Herrsch und Ingenieur Ebert-Gannover bemerkenswerte Ausführungen über Unterwindgebläse und die dadurch ermöglichte wirtschaftliche Ausnutzung der Erzhöhlen, wie Zerk, Schlammkohle, Kohlegrus und dergl.

Der zweiten brennenden Frage gab man nicht mehr soviel Zeit zur Besprechung, wie der ersten. Es wurde von Herrn Fritz Weinberg u. a. dargestellt, welche Folgen die Einstellung der Zuckerrücklieferung mit sich bringt. Da nur ein Bruchteil des Septemberkontingents bewilligt, das Oktoberkontingent ganz gestrichen wurde, ist die Industrie auf Auslandszucker angewiesen, der auch reichlich und zu noch annehmbarer Preise zur Verfügung steht. Doch verbietet jetzt aber das Reichswirtschaftsministerium jegliche Zuckereinfuhr aus dem Ausland. Kaufmann Antschera stellte einen besonders bezeichnenden Fall dar: Im Juli d. J. hatte er in der Tschecho-Slowakei 30 000 Sach Zucker für Herforder Zuckerwarenfabriken an der Hand, den Sach zu 400 M. Die Regierung verbot die Einfuhr, da der Preis zu hoch war, so ging der Zucker nach Ententeländern. Als Herr A. jetzt vom Reich die Erlaubnis erhielt, dort Zucker für 480 M. zu kaufen, war natürlich keine Ware mehr vorhanden, auch ließ sich die Tschecho-Slowakei nicht mehr in Verhandlungen ein. Weiter wurde auch hervorgehoben, daß den deutschen Fabriken im besetzten Gebiet Rohstoffe in ausreichender Menge zur Verfügung stehen und daß nun nicht nur Neutrale und Feinde, sondern auch eigene Landsleute eine starke Konkurrenz der Heimatindustrie böten, denn massenweise kommen die von dort verschobenen Fabrikate hier auf dem Markt. Was das für Industrie und Wirtschaft bedeutet, ist klar.

Beschlossen wurde, zunächst die Kommission, welche in der Kohlenangelegenheit nach Berlin fährt, zu beauftragen, auch auf Aufhebung des Einfuhrverbots von Zucker zu dringen. Außerdem soll noch eine Entschließung in diesem Sinne allen maßgebenden Stellen übermittelt werden.

Die gestrige Versammlung stellt ein hochfreud-

Reichskommissioner und Herforder Kohlenpläne.

Reichskommissioner Severing hat an den Magistrat hier in folgendem Schreiben Stellung genommen zu den Herforder Kohlenplänen:

An den Magistrat der Stadt Herford. Auf das Schreiben vom 30. August erwidere ich ergebenst, daß ich die Bestrebungen, die Zechen „Friedrich-Wilhelm“ und „Friedrich“ bei Dornberg wieder in Betrieb zu setzen, mit allen Mitteln unterstützen werde. Ich habe mich deswegen sofort nach Bekanntwerden des Projekts mit dem Beigeordneten im Handelsministerium, Abg. Hue, in Verbindung gesetzt, um die Frage zur Klärung zu bringen, ob die benachbarten Städte Herford und Viesfeld aus der Inbetriebsetzung unmittelbarem Vorteil ziehen könnten. Abg. Hue war mit mir der Meinung, daß selbstverständlich die genannten Städte vorzugsweise aus den geförderten Kohlen beliefert werden könnten, allerdings im Rahmen des Kontingents, d. h. etwa, die Belieferung darf keine Mehrbelieferung für Industrie und Hausbrand sein. Den Herren Handelsminister habe ich leider noch nicht erreichen können. Sein Referent war der Meinung, daß die Zuständigkeit des Handelsministeriums, in dieser Frage zu entscheiden, nicht dargetan sei und verwies mich an den Reichskohlenkommissioner. Herr Bergasseffor Schulte beim Reichskohlenkommissioner äußerte zunächst ebenfalls Zuständigkeitsgedanken; als ich dann aber erklärte, daß ich die Verantwortung für alle Schritte in dieser Richtung der Staats- oder Reichsregierung selbst übernehmen würde, da stimmte auch er zu, den interessierten Stadtverwaltungen gegenüber zu erklären, daß sie mit den geförderten Kohlen beliefert werden können, allerdings unter Anrechnung des Kontingents. Eine Bevorzugung derart, daß die benachbarten Orte größere Mengen für Industrie und Hausbrand erhalten, als die Orte und Haushaltungen im übrigen Deutschland, kann natürlich nicht eingeräumt werden. Ich möchte auch nicht verschweigen, daß, wenn es erforderlich sein sollte, bestimmte Industriezweige infolge der Kohlennot stillzulegen, dann die Herforder Betriebe dieser Gruppe nicht ausgenommen werden könnten. Der Vorteil würde nur darin liegen, überhaupt Kohlen zu bekommen, doch ist dieser Vorteil angesichts der zu erwartenden großen Transportschwierigkeiten meiner Meinung nach nicht zu gering zu veranschlagen und rechtfertigt durchaus die Opfer, die Herforder und Viesfelder Interessen durch die Bereitstellung von Geldmitteln zu bringen sich anstehen. Ich möchte also kurz sagen: Die Gefahr, daß Ihnen die Kohlen fortgenommen werden werden könnten, besteht nicht doch ist mit einer Besserstellung Herfords und Viesfelds hinsichtlich der Menge nicht zu rechnen.

Zum letzten Male

Kleine Operettenpreise!

und Lee M. 15.— mit Dragend
M. 20.—
M. Tumm Berlin N. 20.

Provisions-Vertreter
für Lebensmittel, echte Meißel-Wurzel-Wasch-Würchen, be-
st. Fibre, Schrubber, engl. Schuhriemen, Creme, Aufsteck-
stich.
Adolf Vogel,
Wendischstraße 46